

12./II. 1919

96

Sachsens sozialistische Beglückung.**Die Utopien des sächsischen Zentralrats.**

Dresden, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der „Täglichen Rundschau“.) Der Zukunftsstaat in Sachsen steht unmittelbar vor der Tür. Der Zentralrat des Landes-N.- und S.-Rates für Sachsen hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die der Regierung in den nächsten Tagen unterbreitet werden wird. Wir hören darüber folgendes: Die Denkschrift verlangt die Ausarbeitung eines Gesamtwirtschaftsplanes, die Förderung des Konzentrationsprozesses der Großorganisation, also zunächst der Staats- und Gemeindebetriebe, der Produktionsgenossenschaften, Kartelle und Bankkonzerne, der Gewerkschaften, Verbrauchs- und Kommunalverbände. Sie sollen zusammenwachsen zu einem einzigen übersehbaren und beherrschbaren System. Diese Verordnung ist angeblich das einzige Verfahren, um eine wirksame Förderung der Erzeugung zu verbürgen, ebenso wie es die sozialistische Verteilung der Erzeugnisse allein ermöglicht. Die Zuteilung beruht auf Zuordnung einer Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und sogar von Vergnügungsmöglichkeiten an jeden Sachsen. Die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen ist selbstverständliche Voraussetzung. Der Zeitpunkt für die Sozialisierung sei, so behauptet die Denkschrift, niemals günstiger gewesen als heute und werde nie wieder so günstig werden. Auch hierüber ließe sich streiten. Unter anderem will die Denkschrift auch die Organisation der Verträge und gewisser Formen des Kleinhandels mit allen Mitteln einschränken. Entscheidend sei die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes für Sachsen, dessen Aufgabe es sei, zunächst eine Uebersicht über die produktiven Kräfte des Landes zu schaffen. Privatwirtschaftliche Geheimnisse kenne die sozialistische Gesellschaft nicht mehr. Es sei daher weitgehende Vollmacht vorgeesehen für das Zentralwirtschaftsamt, überall Auskünfte zu verlangen. Jedes Jahr soll ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet und von der Volksvertretung genehmigt werden. Die Denkschrift schließt mit dem Verlangen, nachfolgenden Geszentwurf, aus dem deutlich das Ziel und die Zukunft hervorgehen, anzunehmen: Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes, über dessen Befugnisse statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen sind, und über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber diesem Amt; ein allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Sachsen; ferner ein Gesetz, das jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert, ein Gesetz über die Zwangsorganisation der Erzeuger und

Beaufichtigung ihrer Organisationen, Gesetze über staatlich zu beaufsichtigende Zwangsartelle, über gewerkschaftliche Zwangsorganisationen, über Zwangsorganisation der Verbraucher, über Enteignung des städtischen und ländlichen Grund und Bodens, der Forsten, industrieller Betriebe, Verkehrsbetriebe, ferner zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben, ferner auch ein Gesetz über den Ausschub der Entschädigung bei Enteignungen. — Die schönste Zukunft für alle Sachsen also, namentlich für diejenigen, die nach den letzten Geszentwürfen noch nicht einmal eine Entschädigung für ihr Besitztum erhalten haben. Da bekanntlich in Sachsen eine sozialistische Mehrheit in der Volkskammer besteht, so ist diese Denkschrift durchaus nicht so leicht zu nehmen, wie sie eigentlich jedem vernünftig denkenden Menschen erscheinen müßte.